



ver.di / IG BCE / EVG

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin
Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

**ver.di - Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft**
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

**IG BCE - Industriegewerkschaft
Bergbau, Chemie, Energie**
Königsworther Platz 6
30167 Hannover

**EVG - Eisenbahn- und
Verkehrsgewerkschaft**
Reinhardtstr. 23
10117 Berlin

RÜG-Härtefallfonds – Gerechte Entschädigung und Anerkennung der Lebensleistung

01.06.2021

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

kurz vor der Bundestagswahl im September sehen die Gewerkschaften ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, IG BCE – Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie und EVG – Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft die Möglichkeit zum Greifen nah, dass die seit über 30 Jahren offenen Fragen der Rentenüberleitung für ihre betroffenen Mitglieder politisch gelöst werden. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, Sie für das seit vielen Jahren ungelöste Problem der Rentenüberleitung zu sensibilisieren und bitten gleichzeitig um Ihre Unterstützung für eine finanzielle Entschädigung in Form eines Gerechtigkeitsfonds für alle betroffenen Berufsgruppen.

Die nicht erfolgte Übernahme bestimmter Sondertatbestände des DDR-Rentenrechts in das gesamtdeutsche Rentenrecht schmerzt die betroffenen Berufs- und Personengruppen bis heute. Sie nehmen dies als nicht hinreichende Anerkennung ihrer Lebensleistung und dauerhafte Benachteiligung wahr.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir das Vorhaben der Regierungskoalition, auf Bundesebene einen entsprechenden Härtefallfonds einzurichten, als ersten wichtigen Schritt zur Anerkennung der Lebensleistung der Betroffenen.

Der geplante Fonds soll über die Berufsgruppen hinaus auch verschiedene Personengruppen berücksichtigen. Zahlungen soll es aber nur an Personen

geben, die am oder unter dem Existenzminimum leben. Damit werden nun gerade die Berufsgruppen weitgehend ausgeschlossen, da es bei ihnen um die Anerkennung ihrer Zusatzversorgung geht, die auf eine normale gesetzliche Rente aufsetzt.

Für die gewerkschaftlich organisierten Personen der verschiedenen Berufsgruppen ist es nicht nachvollziehbar, dass Kriterien wie der Rentenbezug in Höhe der Grundsicherung oder das Lebensalter Maßstab für eine mögliche Antragstellung sein sollen. Dank unserer guten Tarifarbeit beziehen nur wenige unserer Mitglieder aus dem betroffenen Personenkreis der Berufsgruppen eine Rente auf Grundsicherungsniveau.

Ziel der Lösung muss daher aus unserer Sicht sein, dass die Zusatzversicherungen der Berufsgruppen aus der Rentenüberleitung generell in Form einer angemessenen finanziellen Entschädigung durch Bund und Länder anerkannt werden und diese nicht auf die besonders Bedürftigen begrenzt bleibt.

Insbesondere wegen der Einbeziehung der Personengruppen – Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion – ist außerdem das Finanzvolumen des Fonds so aufzustocken, dass pro Kopf ein annehmbarer und entsprechend angemessener Betrag ausgezahlt werden kann.

Wichtig ist für uns auch, dass auf die Entschädigungsleistungen keine Steuern und Sozialbeiträge fällig werden und dass die Zahlungen auf keine anderen Sozialleistungen, insbesondere Fürsorgeleistungen, angerechnet werden. Andernfalls würde der Charakter einer Anerkennung für erlittenes Unrecht aufgrund der Deutschen Einheit beschädigt.

Wir begrüßen, dass die meisten betroffenen Personengruppen im vorgeschlagenen Härtefallfonds berücksichtigt werden sollen sowie dass die Unpfändbarkeit und eine Regelung für Hinterbliebene aufgenommen wurden. Zustimmung zur Kenntnis nehmen wir ebenso die geplante Einrichtung eines Beirates, der zentralen Geschäftsstelle bei der KBS in Cottbus und der regionalen Beratungsstellen in allen Bundesländern, das vorgeschlagene Antrags- und Auszahlungsverfahren, welches ausreichend Zeit für die Antragstellung lässt, und die in Aussicht gestellte „Nachschussmöglichkeit“ durch die Länder.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, ehemalige Beschäftigte von Deutscher Reichsbahn, Deutscher Post, des Gesundheits- und Sozialwesens der DDR, in bergmännischer Tätigkeit in der Carbochemie sowie der technischen Intelligenz der DDR (Diplom Chemiker*innen) kämpfen seit 30 Jahren für eine angemessene Lösung in dieser Angelegenheit. Wir bitten Sie um Unterstützung, um im mittlerweile 31. Jahr der Wiedervereinigung für die Anerkennung der Lebensleistung und einen gerechten Ausgleich für die Betroffenen zu sorgen.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus-Dieter Hommel

Vorsitzender EVG



Frank Werneke

Vorsitzender ver.di



Michael Vassiliadis

Vorsitzender IG BCE